

erschiet wöchentlich 2 mal
in Leipzig.
Bestellungen nehmen alle
Postanstalten und Buchhand-
lungen des In- und Aus-
landes an.
Für Leipzig nehmen
Bestellungen an:
die Expedition, Hohe Str. 4.
H. Debel, Petersstr. 18,
S. Thiele, Emilienstr. 2.

Der Volksstaat

Abonnementspreis:
Jahr Preußen incl. Stempel-
steuer 17 Sgr., für die übrigen
deutschen Staaten 12 1/2 Sgr.
per Quartal, per Monat 4 1/2
Sgr., für Leipzig und Um-
gebung per Quartal 13 Sgr.
Abonnement für die Ver-
einigten Staaten:
F. A. Sorge, Box 101
Hoboken N. J., via New York

Organ der sozial-demokratischen Arbeiterpartei und der Internationalen Gewerkschaften.

An die Parteigenossen.

Die Kontrollkommission hat sich konstituiert und ihr Bureau, wie folgt, gewählt:

- Reißer, Vorsitzender,
- Schme, Stellvertreter desselben,
- Hase, Schriftführer,
- Färber, Stellvertretender Schriftführer.

Die Mitglieder der Kontrollkommission treten in ihr Amt mit der festen Absicht, mit ernstem Eifer und der unerschütterlichen Kraft, welche die Erkenntnis von der demokratischen Nothwendigkeit der Unterordnung des Einzelwillens unter die Gesetzgebung der Gesamtheit verleiht, für die strenge Durchführung der prinzipiellen und organisatorischen Parteiforderungen Sorge zu tragen.

Sie hoffen, daß sie in diesem Bestreben werden eifrig unterstützt werden, einerseits durch die Bereitwilligkeit der Parteimitglieder, die Schäden in der Geschäftsführung der einzelnen Verwaltungszweige schonungslos aufzudecken und andererseits durch eine loyale, dem Parteigefühl sich willig unterwerfende Gesinnung der Parteibeamten.

Die Kontrollkommission ist der Ueberzeugung, daß ein nachsichtiges, den öffentlichen Lärm fürchtendes Uebergehen gesellschaftlicher Schäden noch nie deren Abhilfe, wohl aber noch ihre Vergrößerung und Vermehrung zur Folge gehabt hat.

Es ist keine Schande für eine gesellschaftliche Körperschaft, wenn in ihr Mißbrauch mit den Rechten einzelner ihrer Glieder getrieben worden ist, wenn eines ihrer Organe oder Organtheile sich geistig oder sittlich funktionsunfähig erwiesen hat, wohl aber ist es schimpflich, wenn sie den Mißbrauch duldsam übersehen, das Organ in seinen Funktionen beläßt.

Wir dürfen, ja wir müssen den Finger in jede Wunde des Parteikörpers legen, damit wir sie ausbrennen, sie heilen können.

Wenn ein Jeder diese Anschauungen zu den seinigen macht, dann wird die Arbeit der Kontrollkommission eine leichte und die Thätigkeit der Partei eine rasch vorwärtsschreitende, erfolgreiche sein.

Die Kontrollkommission ihrerseits verspricht den Parteigenossen, alle ihr unterbreiteten Geschäfte schnell und nach den dargelegten Grundsätzen erledigen und in regelmäßiger Folge Nachricht von ihrer Thätigkeit geben zu wollen.

Sie wird sich in regelmäßigem Verkehr nicht nur mit den Parteibehörden, sondern auch mit den Vertrauensmännern erhalten, um auf diese Weise das Parteigetriebe voll und ganz übersehen und kontrollieren zu können.

Breslau, den 24. Septbr. 1872.

Die Kontrollkommission.

Reißer, Vorsitzender. H. Schme.

Alle Zusendungen an die Kontrollkommission sind zu adressiren an den Chemiker Max Reißer, Breslau, Mauritius-Platz 6b.

Breslau. In der Montag, den 23. d. M., stattgehabten geschlossenen Versammlung der Parteimitglieder Breslau's wurde die Wahl der Kontrollkommission vollzogen. Als gewählt wurden pro lamirt:

- Schme, Reißer, Krämer, Kriemichen, Geiser,
- Färber, Hase, Heinr. Scheil, Zapke, Isak und Schaal.

Es erfolgte hierauf die Konstituierung der Kommission (siehe oben).

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Oktober beginnt ein neues Abonnement auf den „Volksstaat“. Wir ersuchen die verehrlichen Leser, das Abonnement auf das Blatt sofort erneuern zu wollen, damit keine Unterbrechung in der Zusendung eintritt.

Der Preis des Blattes ist wie bisher per Quartal 12 1/2 Sgr. — wozu in Preußen noch der Zuschlag für den Zeitungstempel kommt — bei wöchentlich zweimaligem Erscheinen.

Kreuzbandsendungen für Deutschland und Oesterreich kosten für 1 Gr. per Quartal 25 Sgr., die Schweiz 1 Thlr., Frankreich, Belgien, England u. 1 Thlr 8 Sgr. Zahlung pränumerando.

Parteigenossen!

Ein neues Quartal steht vor der Thür, gedenket des Parteioorgans. Wirle Jeder von Euch so viel er kann für dessen Verbreitung, die Verhältnisse sind uns günstig. Ueberall erwacht das Proletariat zum Klassenbewußtsein, überall erheben sich die geknechteten Massen zum Kampfe gegen ihre Unterdrücker. Bewartet denn und sorgt, daß unser Parteiorgan unter die Arbeiter kommt! Arbeitet, agitirt, organisirt unablässig, wo ein Arbeiter in unsere Reihen eintritt, sei seine erste Pflicht: ein Abonnement auf das Organ.

Die Wuth und Verfolgungssucht unserer Gegner wird immer größer. Kaum ist noch ein wesentlich wirkender Parteigenosse da, der nicht schwere Geld- oder Gefängnißstrafen erlitten, oder dem sie nicht bevorstünden, zu geschweigen Derer, die eben hinter Kerkermauern die Rache unserer Gegner bähnen.

Auf all' diese Unbill giebt es nur Eine Antwort: Arbeiten, mit allen zu Gebote stehenden Kräften, arbeiten für die Ausbreitung der Partei, die Verbreitung des Parteioorgans.

Parteigenossen! zeigt, daß im Kampfe uns der Muth wächst und — thut alle Eure Pflicht.

Eine Antwort.

Der „Neue Sozialdemokrat“ veröffentlicht in seiner Nr. 109, vom 20. d. folgende, schon in voriger Nummer des „Volksstaat“ berücksichtigte Ansprache („Ein ernstes Wort an die Arbeiter der Eisenacher Partei“), welche wir, da das betr. Berliner Blatt nur von wenigen unserer Parteigenossen gelesen wird, hiermit unverfälscht zum Abdruck bringen:

„Ein ernstes Wort an die Arbeiter der Eisenacher Partei! Wir haben uns in Bezug auf die Eisenacher Partei überhaupt immer nur verteidigungswise verhalten. Seit mehr als drei Wochen haben wir aber trotz aller Herausforderungen und Verläumdungen, worin sich gewisse Parteiblätter ergingen, deren Namen wir nicht zu nennen brauchen, vollständig geschwiegen, um unsererseits den Zwist nicht weiter zu nähren; wir haben sogar zahlreiche Vereinsnachrichten noch nicht veröffentlicht, welche in den zwei letzten Monaten erschienen und darüber Besondere führten, daß Agitatoren der Eisenacher Partei umherreisen, um die neugewonnenen Mitglieder vom Allgemeinen deutschen Arbeiter-Verein loszureißen.“

Wir glauben, daß wenn auch gewisse Führer und gewisse radikale Bourgeois, welche mit den Arbeitern liebäugeln, ihre Freude an diesem Zerstreuen der Arbeiterbewegung hätten, die Arbeiter selbst ein entschiedenes „Galt“ gebieten und verlangen würden, daß ihre abgedarbteten Brüder zu etwas Besseren veranlaßt würden, als vor den Augen der Reaktionen und Bourgeois die Arbeiterbewegung zu zerreißen und mit dem Ruch der Verläumdungen zu besudeln. Von den verschiedenen Seiten ist uns aus den Reihen der Eisenacher Partei berichtet worden, die Exerzieren würden mißbilligt, der Kongreß zu Mainz solle den Parteibehörden die Machtbefugniß geben, solchen Ausschreitungen einen Damm entgegenzusetzen, dies sei die Ansicht der Mehrheit der Mitglieder.

Doch was ist nun erfolgt? Der Mainzer Kongreß hat getagt, und ein Organ der Partei, die „Chemnitzer freie Presse“ registirt folgende Beschlüsse:

„Bezüglich des Verhältnisses der Partei zum Allgemeinen deutschen Arbeiter-Verein nahm man den Breslauer Antrag an, der also lautet: Der Allgemeine deutsche Arbeiter-Verein ist seinen sozialistischen Prinzipien gemäß der einzige natürliche Bundesgenosse der sozial-demokratischen Arbeiterpartei, der Kongreß beantragt demgemäß den Ausschluß, ein prinzipielles Zusammengehen mit dem Allgemeinen deutschen Arbeiter-Verein immer von Neuem zu versuchen, ferner dafür Sorge zu tragen, daß die Haltung aller dem Allgemeinen deutschen Arbeiter-Verein abgeneigten Mitgliedschaften eine persönliche werde.“

„Im Allgemeinen gab sich der Wunsch kund, daß Angriffe gegen den „Neuen Sozialdemokrat“, soweit sie nicht unumgänglich nöthig sind, eingestellt werden. Ein Beschluß wurde dahin gefaßt, daß man erwarte, daß die Redaktion sich die auf dem Kongreß kungegebenen Ansichten zur Noth nehmen werde.“

Diese Beschlüsse sind gefaßt, aber die Organe der Eisenacher Partei, „Der Volksstaat“ und „Volksfreund“, verschweigen dieselben. Die Schmähungen und Verläumdungen dauern fort und zwar planmäßig. Wir erwähnen beispielsweise nur, daß der „Volksstaat“, ob schon er einige Nummern vorher die Verhätung unseres Parteigenossen Frohme mitgetheilt hatte, also Kenntniß davon hat, daß dieser sich nicht verteidigen kann, fortwährend Verläumdungen gegen ihn schleudert, und beispielsweise ihn der Zurückhaltung einer Selbstmord beschuldigt, welche wie Frohme lehrlich öffentlich im „Neuen Sozialdemokrat“ erklärte, seit Jahr und Tag beim Bevollmächtigten zu Hannover beponirt ist.

Zugleich zeigt sich das planmäßige Bestreben, Mitgliedschaften vom Allgemeinen deutschen Arbeiter-Verein loszureißen. In Bernau, Forst, Mannheim, Heidelberg, Heppenheim, Bensheim, Lorch u. s. w. sind durch reisende Redner solche Zerplitterungsversuche unter Anwendung jeder Art von Verläumdungen gemacht. Ja, direkt vom Mainzer Kongreß aus, wo jene Verödnungsbeschlüsse gefaßt wurden, reisten einige Redner nach Frankfurt, Badenheim u. s. w., wo der Allgemeine deutsche Arbeiter-Verein seinen Boden hat, und hielten dalselbst Versammlungen ab, die alles Andere, nur keine Verödnung hervorbrachten.“

Wir wollen nicht annehmen, daß die oben erwähnten Mainzer Beschlüsse leere Redensarten sein sollten; es wäre mehr als jesuitische Deuterei der Delegirten, mehr als Verrath an ihren Auftraggebern. Aber hier wenden wir uns an die Arbeiter der Eisenacher Partei: wenn so die Beschlüsse der höchsten Parteibehörde mißachtet werden, wenn so der beschlossenen Verödnung Hohn gesprochen wird, habt Ihr da kein Mittel, um solche Verödnungen die Organisation zu hemmen!

Wespe dem Beamten der Partei, und wäre es der Vereinspräsident, welcher in unserem Allgemeinen deutschen Arbeiter-Verein die Beschlüsse der Generalversammlung mißachten wollte; die demokratische Organisation Lassalle's würde ihm bald den Weg weisen!

Deshalb rufen wir Euch, Arbeiter der Eisenacher Partei, zu: Wenn Ihr Eure Delegirten nicht zu Heuchlern, Euch selbst nicht zu durch einige literaten bevormundeten Unselbständigen machen lassen wollt — dann forgt jeßbst dafür, daß den Verödnern das Handwerk gelegt werde!

Die Leiter des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins haben ihr Möglichstes gethan, den Frieden unter den Arbeitern nicht zu stören. Zwingt den Allgemeinen deutschen Arbeiter-Verein nicht, zur Noth zu schreiben, um die Zerplitterung seiner neuen Mitglieder zu verhindern. Mit Worten der Verödnung im Munde hättet Ihr alsdann den Anlaß zu neuen Kämpfen gegeben, bei denen Bourgeois und Reaktionen die vergnügten Zuschauer sind.“

Auf dieses in echt jesuitischem Geiste abgefaßte Schriftstück haben wir nach Rücksprache mit Parteigenossen zu entgegnen:

Es ist eine Lüge, wenn der „Neue“ behauptet, wir hätten die Exerzieren und den Streit begonnen. Bis auf den heutigen Tag hat es der „Neue“, genau wie Mandat der „Akte“, für gut befunden, in fast jeder Nummer seinen Anhang als die einzige sozialistische Partei, und uns, entweder direkt oder indirekt, als Gegner der Arbeiter und des allein wahren Sozialismus hinzustellen; und selbst aus der Ueberschrift seiner Verödnlich sein sollenden Ansprache: „Ein ernstes Wort an die Arbeiter der Eisenacher Partei“ erhellt, daß er uns auch jetzt noch nicht als eine Arbeiterpartei anzuerkennen gewillt ist. Wohl hat der „Neue“ seit der Veröffentlichung des samosen

Protokolls der letzten Generalversammlung des Allg. D. A. sich gefüßt und direkt anzugreifen, aber indirekt hat er es beinahe in jeder Nummer gethan. So in jüngster Zeit in dem Artikel, der lächerlich genug mit dem Schlagwort endete: „Wir schreiben wie Morat“, und ferner in den Artikeln über Robert Blum und den Kongreß der Internationale. Gegen letztere hat sich der „Neue“ nicht geschaut, die gemeinsamen Verläumdungen unter der Firma eines J. Schneider u. zu veröffentlichen. Namentlich Marx ist von dem „Neuen“ zu verschiedenen Malen mit altem Polizeikoth benorfen worden, was die sauberen Werfer indeß nicht verhindert hat, in ihrer letzten Nummer sich auf die Autorität von Marx zu berufen und einen Artikel von ihm abzubringen.

Eine Lüge ist's weiter, wenn der „Neue“ behauptet, wir hätten die Mitgliedschaften seines Vereins zu untergraben gesucht. Unsere Parteigenossen haben, wie Duzende von Berichten in unserem Blatt zeigen, jede Gelegenheit ergriffen, um mit den Mitgliedern des „Allg. D. Arb.“ auf einen brüderlichen Fuß zu kommen. Wir haben alle dahin zielenden Wünsche und Resolutionen der Mitglieder gewissenhaft und mit Freuden veröffentlicht, während der „Neue“ die ihm in gleichem Sinn und zu gleichem Zweck gemachten Einsendungen einfach unterschlagen hat; der einzige Bericht, welcher von diesem Schicksal verschont blieb, ist der über die neuliche Versammlung in Reiviges. Aber hier war Herr Hasenklee persönlich zugegen, und die Veröffentlichung ließ sich deshalb nicht gut umgehen, erfolgte jedoch auch nur unter gänzlich frivolen Seitenhieben auf unsere Partei. Das Hauptmotiv, aus welchem mit diesem Bericht eine Ausnahme gemacht wird, liegt indeß ungewisshaft darin, daß Reiviges einem Wahlbezirk angehört, in welchem Herr Hasenklee bei der nächsten Reichstagswahl als Candidat auftreten will, und daß ohne die Stimmen unserer dortigen Parteigenossen an einen Erfolg nicht zu denken ist.

Während unsere Parteigenossen, im Einklang mit der Haltung des „Volksstaat“, überall den Mitgliedern des „Allg. D. A.“ die Bruderhand gereicht haben und zu reichen bereit sind, haben andererseits die Mitglieder des „Allg. D. A.“, — gleichfalls im Einklang mit der Haltung ihres Parteioorgans, des „Neuen Sozialdemokrat“, der sie planmäßig gegen uns fanatisirt, — da, wo sie die Majorität haben oder relativ hinlänglich stark sind, keine öffentlichen Versammlungen unserer Partei gebuldet, oder dieselben wenigstens durch Geschrei und Tumult gestört. Beispiele: Berlin, Frankfurt, Badenheim, Mannheim, Stuttgart u. s. früher, so lange sie dort dominirten, auch Magdeburg, Geln, Leipzig u. s. (S. auch in letzten „Volksstaat“.) Man vergleiche hiermit das Benehmen unserer Parteigenossen, welche die, offenbar doch gegen unsere Partei gerichtete „Agitation“ der Herren Frohme und Hartmann ruhig g-währen ließen, und ihnen in München, Mainz, Glauchau, Chemnitz, Leipzig u. s. w. stundenlang zu reden erlaubten, obgleich die Versammlungen fast ausschließlich aus Mitgliedern unserer Partei bestanden. Auch an das Auftreten des Herrn Grottkau in Braunschweig sei bei dieser Gelegenheit erinnert. Ähnliche Beispiele von Duldsamkeit, oder sagen wir lieber von Achtung der Sozialdemokratie und der Redefreiheit hat der „Neue“ und sein Anhang nicht aufzuweisen.

Wie ehrlich es der „Neue“ mit der Versöhnung meint, die er jetzt im Mund fährt, das verräth ein in derselben Nummer wie die Ansprache an unsere Parteigenossen befindlicher Bericht über eine Versammlung des Berliner demokratischen Vereins, worin unser Programm als „abgeschwächte Forderungen des Sozialismus“ bezeichnet ist, die „nicht genügt, um ein entschiedener Sozialist im Lassalle'schen Geiste zu sein“. Dieser einzige Satz reicht hin, um den „Neuen“ zu charakterisiren. Unsere Parteigenossen werden in ganz Deutschland wie das Bild geheßt und gemafregelt, Verurtheilungen folgen auf Verurtheilungen, Kerkerstrafen auf Kerkerstrafen, die Presse der Bourgeoisie und Reaktion predigt unablässig den Kreuzzug gegen uns, und **nur gegen uns**; die Redakteure unserer Parteioorgane haben das Gefängniß zum gewöhnlichen Aufenthaltsort — während sich der „Neue“ trotz seines „Schreibens wie Morat“ unter den Augen gerade der Regierung, welche die Treibjagd auf uns veranlaßt hat, einer Straflosigkeit erfreut, die zum Mindesten verdächtig ist. Um nur den Schein einigermaßen zu wahren, muß der „Neue“ jede Polizeidrögelei, die seinem Anhang passirt, zu einer Haupt- und Staatsaktion aufpuffen, und Leitartikel über keine Maßregelungen bringen, wie wir sie bei der Massenhaftigkeit ersterer Verfolgungen oft gar nicht einmal zu erwähnen der Mühe werth halten.

Wenn der „Neue“ im Eisenacher Programm nur „abgeschwächte Forderungen des Sozialismus“ sieht, so erinnert dies uns lebhaft daran, daß der Lehrer und langjährige Colleague, der Leiter des „Neuen“, Herr von Schweiber, unser Programm einstmals, noch etwas derber, ein „Wischwaschi“ nannte, und daß dieser Hyperzöfalist seitdem als königlich Preussischer Polizeigent entlarvt, von den Herren Hasselmann und Hasenklee selbst für einen solchen erklärt worden ist.

Und sonderbar! Herr Freische, der in der nämlichen Nummer, welche die Ansprache an unsere Parteigenossen bringt, wieder als Mitglied des „Allg. D. A.“ debutirt, und gewiß dem Ideal der Herrn Hasselmann u. s. w. entspricht, hat auf dem Eisenacher Kongreß unserem Programm zugestimmt, nachdem er es mit durchberathen, und hat es noch neuerdings gerade

im Berliner demokratischen Verein gegen die Angriffe der Bourgeois-Demokraten verteidigt!

Echtlich geht das Eisenprogramm, das übrigens, wie wir gern zugestehen, in einigen Punkten gelegentlich schärfer formuliert werden muß, über Lassalle's sehr mäßige Forderungen (er selbst bezeichnete sie so) hinaus; und die Lassalle'schen Forderungen um als das non plus ultra vorzuhalten, sieht dem „Neuen“ um so schlechter an, als dessen Hauptredakteur Hoffmann neulich in Berlin öffentlich zugab, müßte, die von Lassalle geforderten 100 Millionen reichen nicht mehr man brauche jetzt mindestens 300 Millionen. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei war stets der Ansicht, daß weder 100, noch 1000 Millionen reichen, und daß eine Lösung der sozialen Frage auf dem von Lassalle vorgeschlagenen Weg überhaupt unmöglich ist.

Der „Neue“ erhebt den Vorwurf gegen uns, wir hätten Herrn Frohme noch angegriffen, während er schon im Gefängnis war. Der „Volksstaat“ hat aber nur eine Erklärung Wegel's abgedruckt, was nicht verweigert werden konnte, da es sich für Wegel um Zurückweisung der Anklage, er habe gelogen, handelte. Der einzige Artikel, in welchem außerdem noch der Name Frohme's vorkam, war nicht gegen Frohme, sondern gegen einen Bericht unserer Glauchauer Parteigenossen gerichtet, und enthielt absolut keinen Angriff auf Frohme.

Der „Neue“ beschuldigt uns endlich, den Beschluß des Mainzer Congresses zur Anbahnung eines brüderlichen Verhältnisses zwischen unsern Parteigenossen und den Mitgliedern des „Allg. D. A.“ absichtlich nicht zum Abdruck gebracht zu haben. Der „Volksstaat“ hat bis letzten Mittwoch überhaupt gar nichts, und in der letzten Sonnabendnummer einen (bloß einen), dem „Fürther demokratischen Wochenblatt“ entnommen, auf Vollständigkeit keinen Anspruch machenden Bericht über den Mainzer Congress veröffentlicht. Wir bedauern und bedauern das selbst am meisten, konnten es aber nicht ändern. Das offizielle Protokoll ist uns noch nicht zugegangen, und unser Berichterstatter vom Mainzer Congress, Herr Hepper, — Mitredakteur des „Volksstaat“ — wurde sofort nach seiner Rückkunft verhaftet — ein Mißgeschick, von dem Redakteure des „Neuen“ allerdings verschont zu bleiben pflegen.

Wir haben — und der „Volksstaat“ legt dafür reichlich Zeugnis ab — zu jeder Zeit jeder Kundgebung aus dem Schooß der Partei, auch wenn wir nicht damit einverstanden waren, pflichtgemäß die Spalten des „Volksstaat“ geöffnet, und es ist in dieser Beziehung noch niemals die leiseste Beschwerde gegen uns erhoben worden. Die Praxis des „Neuen“ ist freilich eine andere, und sein Papierkorb das sichere Grab jeder der Redaktion nicht behagenden Regierung. (S. z. B. wieder die Ronsdorfer Corr. in Nr. 76 des „Volksstaat“.) Indef vielleicht schlägt dem „Neuen“ das Gewissen, und ist er entschlossen, bessere Wege zu wandeln. Wir wollen also von nun an alle Polemik gegen ihn einstellen, unter der Bedingung, daß er

1) unsere Partei ausdrücklich und unabweislich als eine sozialdemokratische anerkennt, und sie, wenn er von ihr spricht, stets bei ihrem richtigen Namen nennt, und

2) daß er die Angriffe gegen die Internationale Arbeiterassoziation unterläßt.

Wir unsererseits erklären, wie wir das schon des öfteren gethan haben,

1) daß wir die Mitglieder des Allg. D. A. als unsere Parteigenossen ansehen, was nicht ausschließt, daß wir gegen gewisse Persönlichkeiten im Allg. D. A. so lange ein entschiedenes Mißtrauen hegen werden, bis die von unserer Seite geltend gemachten Verdachtsgründe konklusiv widerlegt sind.

2) Erklären wir uns bereit, einen Vorschlag zu unterstützen, welcher dahin ginge:

einen gemeinschaftlichen Congress der beiden Fraktionen einzuberufen, auf welchem die Differenzpunkte behufs einer Einigung besprochen werden. Sollte eine Einigung, resp. Verschmelzung nicht möglich sein, dann müßte wenigstens ein gemeinsames Programm aufgestellt, und die Formen festgesetzt werden, innerhalb deren eine gemeinsame Aktion (bei Wahlen, der Agitation u.) sich zu bewegen hätte. Ein von beiden Theilen gleichmäßig zu wählender Ausschuß hätte die Ausführung der vereinbarten Punkte zu überwachen. Ferner möchten wir noch die Niederlegung eines aus beiden Fraktionen gleichmäßig zu wählenden Schiedsgerichts bestritten, das die gegen verschiedene Mitglieder einer der beiden Fraktionen von der anderen Seite erhobenen Anklagen zu untersuchen und zu richten hat.

Bemerken wollen wir nur, daß ähnliche Vorschläge, wie die soeben angedeuteten, privatim schon wiederholentlich Mitgliedern des Allg. D. A. von uns unterbreitet und von diesen auch gebilligt worden sind.

Auf dem Mainzer Congress hat die sozialdemokratische Arbeiterpartei offiziell in feierlichster Form ihrer versöhnlichen Stimmung Ausdruck gegeben; am Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein ist es jetzt, die dargebotene Hand zu ergreifen, und **der deutschen Arbeiterwelt den Frieden zu geben.**

Leipzig, den 23. September 1872.

Die Redaktion des „Volksstaat“.

Politische Uebersicht.

Der „Leipziger Btg.“ — die sich nicht bloß 1866 von den einrückenden Preußen den Mund verbieten ließ, sondern sich noch Anno 72 von jedem beliebigen literarischen Abenteuer einen Bären anbinden läßt — wird aus den Niederlanden geschrieben: „Die Spaltung der Internationale ist eine vollendete Thatsache, Kandler und Genossen, welche am 7. Sept. ihre Secession vom Haager Congress bewerkstelligten und sich nach London zurückbegeben, haben keine Zeit verloren, ihre Operationen einzuleiten. Sie haben bereits einen „Föderalistencongress“ der Internationale einberufen. Einladungen zur Theilnahme sind auch an dießige Internationalisten ergangen. Sie geben die Zeit des Congresses auf den 16. — 19. Sept. an und bezeichnen als Ort der Zusammenkunft die „New Hall of Science, 142 Oldstreet, City Road in London“. Als Tractanden werden unter anderm angeführt: Untersuchung über das Verhalten des Generalraths und über dessen finanzielle Verwaltung; Revision der Statuten der Internationale; Organisation der föderalistischen Vereinigungen; der Einfluß, den die Internationale auf das Kaiserreich (Napoleon's III.), die Regierung der Landesvertheiligung und die Commune geübt; die Aufgabe der Internationale in der Gegen-

wart und der Zukunft, um „so schnell und so sicher wie möglich ihr Ziel, die vollständige Befreiung der Arbeiter, zu erreichen“; Antwort auf den Haager Congress; Wahl, soweit notwendig, eines neuen föderalistischen Rathes. Dieses Programm zeigt deutlich genug, daß Kandler und Genossen, die „Blanquisten“, das Banner der Opposition offen aufpflanzen.“

Alles was da von „Spaltung“ steht, ist natürlich erlogen, und der gedachte „Föderalistencongress“ ist der von Besimier und Joseph Schneider einberufene, von dem bereits in vorerwähnter Nummer die Rede war. Kandler und Gen. aber, wie überhaupt die Teilnehmer des Haager Congresses, haben mit dem „Föderalistencongress“ nicht das Mindeste zu schaffen.

Eine Schwelkung. Nach dem Fall der Pariser Commune schrie unsere gesinnungsrichtige Presse einstimmig Peter gegen die Internationale, deren materielle Macht, namentlich Geldmittel auf das Kolossale übertrieben wurden. Jetzt pfeift der Wind aus einem andern Loch, und dieselben Blätter schreiben mit derselben Einstimmigkeit: die Internationale hat nichts, und ist folglich nichts, was nach Bourgeoislogik ein durchaus richtiger Schluß. Die Schwelkung, über die wir uns keineswegs beklagen, ist von Berlin aus kommandirt, und die Pünktlichkeit der Ausführung macht der Dressur unserer hiedemännischen Pressepubel alle Ehre. Sobald es wieder einmal gilt, ein Hochverrathsprögehen in Scene zu setzen, wird wieder andere Ordre kommen. — Von der betreffenden Berliner Pubel-Dressur-Anstalt, alias Pressebureau, ein ander Mal mehr! —

Von dem Communalisten Thirifocq geht uns eine Broschüre zu, enthaltend einen „Appell an die Freimaurer“, in dem (nach einer lehrreichen, kurz gebrängten Geschichte der Commune mit besonderer Hervorhebung des bekanntlich sehr rühmlichen Antheils, den die Pariser Freimaurer an der Communebewegung nahmen) die Freimaurer aller Rite in der Welt aufgefordert werden, für Aufhebung des Belagerungszustandes in Frankreich und für eine Amnestie ihrer Möglichkeiten zu leisten. In dieser Broschüre (durch die Kommissionsbuchhandlung in der Rue St. Jean 37 in Brüssel für 4 gr. zu beziehen) finden wir über die Versailler Strophen- und Justizmorde Verschiedenes, was in deutschen Blättern wohl noch nicht gestanden, z. B.:

„Im Prozeß Chateaux wurden 4 Entlastungszeugen, die dem Angeklagten günstige Aussagen gemacht hatten, eingestekt und so lange in Haft behalten, bis sie ihre Aussagen zurückgezogen. Dann wurde Chateaux zum Tode verurtheilt.“

Die Strophenmorde und summarischen Hinrichtungen mittelst Mitrailleusen bis zur Einsetzung der Kriegesgerichte wurden vom offiziellen „Versailler Journal“ folgendermaßen befürwortet:

„Demüthigt den tapferen Soldaten die Freiheit, ihre Kameraden zu rächen, indem sie auf dem Schauplatz und in der Wuth der Aktion das thun, was sie bei kaltem Blute morgen nicht mehr thun würden.“

Ferner citirt Thirifocq eine unbezahlbare Stelle aus dem „Journal officiel“, in der es heißt:

„Wir haben es den Vermittlungs-Delegationen wiederholt gesagt, daß wir denen, die die Waffen niederlegen, das Leben lassen werden. Wir haben es versprochen und versprechen es noch.“

„Bis jetzt hat sich der Angriff auf die Augenwerke beschränkt, nun ist der Augenblick gekommen, wo man, um Eure Leiden zu kürzen, die Exceute (innere Einfassung) selbst angreifen muß. Die Regierung wird Paris nicht bombardiren — wie die Leute von der Commune und dem Wohlfahrtskomitee Euch einzureden nicht verfehlen werden. Ein Bombardement bedroht die ganze Stadt, macht sie unbewohnbar und hat zum Zweck, die Bürger einzuschüchtern und sie zur Kapitulation zu zwingen. Die Regierung wird die Kanonade nur loslassen, um Ein's Eurer Thore zu bezwingen, und wird sich anstrengen, das Unheil dieses Krieges — dessen Urheberin sie nicht ist — auf den attackirten Punkt zu beschränken.“

„Um diese Zeit aber“ — bemerkt Thirifocq hierzu — „hätte das Versailler Bombardement bereits mehr Schaden in Paris angerichtet, als das deutsche, von dem man so viel in die Welt hinausgeschrien.“

Daß das erstgedachte Versprechen noch treulofer fallen gelassen wurde, ist bekannt: Nicht nur die, welche die Waffen niederlegten, wurden massakirt, sondern auch ganz Unbetheiligte, die zufällig den Unholden in die Hände kamen, wovon Thirifocq, außer einigen bereits in diesem Blatte erzählten, noch eine Anzahl von Beispielen anführt. Auch findet derselbe eine sehr natürliche Erklärung für die in vielen Journalen gemachte Mittheilung, die Communitätler wären „feige gestorben.“ Er weist nämlich nach, daß von den Leichen der vielen Tausende von bekannten Communalisten, die man im Straßenkampf gestandrecht wählte, nur 2 — Rigault und Barlin — retognosirt worden sind; und daß statt der übrigen Gestandrechtet geglaubten andere Personen massakirt worden sind, die jenen theilweise ähnlich sahen. Wenn nun so ein harmloser Bassant, er gar nichts mit der Commune zu thun hatte, für ein Communitätler verkannt wurde, und fälschlich werden sollte — so sträubte er sich doch natürlich mit aller Macht dagegen, und das hat dann zu dem erwähnten Freiheits-Gerücht Anlaß gegeben. —

In London ist zwischen den Bäckergehilfen und dem Meisterkomitee eine Einigung zu Stande gekommen, und zwar sind die Hauptforderungen der Arbeiter — Reduktion der Arbeitszeit auf 12 hintereinander folgende Stunden angenommen worden. Nicht alle Meister scheinen sich aber dem Arrangement gefügt zu haben, denn ein Telegramm meldet den Ausbruch eines partiellen (theilweisen) Bäckerstreikes in London.

Vom Haager Congress der Internationale.

II. *)

Der Congress bestand aus 64 Delegirten, von denen 16

*) Nr. II ist nicht vom Verfasser des Artikel I. Als uns nämlich durch die Verhaftung unserer Berichterstatter ein Theil seiner Papiere unzugänglich geworden war — daher erscheinen auch unsere Berichte so spät — wandten wir uns an zwei andere Theilnehmer des Congresses mit der Bitte um Berichte. Als diese eintrafen, fanden sich auch die auf den Congress bezüglichen Papiere Hepper's vor und so sind wir in der Lage, unsern Lesern mit einer Auswahl aus 3 verschiedenen Berichten aufzuwarten.

Frankreich, 10 Deutschland, 7 Belgien, 5 England, 5 Nordamerika, 4 Holland, 4 Spanien, 3 die romanische Föderation der Schweiz, 2 die Juraföderation der Schweiz, 1 Irland, 1 Portugal, 1 Polen, 1 Oesterreich, 1 Ungarn, 1 Australien und 2 Dänemark vertraten. Mehrere hatten Mandate aus zwei bis drei Ländern, sodas obige Aufstellung nicht ganz genau ist. Nach ihren Geburtsländern waren es 20 Franzosen, 16 Deutsche, 8 Belgier, 6 Engländer, 3 Holländer, 3 Spanier, 2 Schweizer, 2 Ungarn, 1 Pole, 1 Irlander, 1 Däne, 1 Cosse. Auf keinem früheren Congress sind so viel verschiedene Nationen vertreten gewesen.

Die Prüfung der Mandate nahm fast drei Tage in Anspruch. Dies kam daher, daß verschiedenen Sektionen die Zugehörigkeit zur Internationale bestritten wurde. So der (französischen) Sektion Nr. 2 von New-York, die, nachdem sie am letzten Congress der amerikanischen Föderation theilgenommen, nachher gegen dessen Beschlüsse sich auflegte und deshalb vom amerikanischen Föderalrath aus der Föderation ausgeschlossen wurde. Da sie seitdem nicht als unabhängige Sektion vom Generalrath anerkannt worden, auch die Ausschließung vom Congress nicht angefochten wurde, konnte ihr Delegirter nicht zugelassen und ihr Mandat nicht anerkannt werden. (Verwaltungsverordnungen II., Art. 5. 6., III. Art. 4.) — Umgekehrt erging es mit der Vollmacht der Neuen Madrider Föderation. Diese bestand aus einer Anzahl von Arbeitern, welche unter allerlei falschen Vorwänden und in flagranter Verletzung der Lokalstatuten, von der alten Madrider Föderation ausgeschlossen worden waren. Der wirkliche Grund war der, daß sie die, innerhalb der spanischen Internationale organisierte geheime Gesellschaft: „die Allianz der Sozialdemokraten“ des Verraths an der Internationale angeklagt hatten. Sie organisierten sich nur als neue Madrider Föderation und wandten sich an den spanischen Föderalrath um Anerkennung. Dieser, in seiner Mehrheit, wo nicht ganz der Allianz angehörend, schlug ab. Vom Generalrath, an den sie sich jetzt wandten, als unabhängige Föderation anerkannt, sandten sie ihren Delegirten, dessen Vollmacht von den Delegirten der spanischen Föderation bestritten wurde. Der Generalrath hatte in diesem Falle sich über die Vorschrist, der Verwalt.-Verordn. II., 5 hinmegesetzt, wonach er vor Zulassung der neuen Madrider Föderation den spanischen Föderalrath hätte zu Rathe ziehen müssen; er that dies nicht, weil einerseits Gefahr im Verzuge war und weil zweitens der spanische Föderalrath durch seine offene Parteinarbeit für die „Allianz“ sich in Rebellion gegen die Internationale gesetzt hatte. — Der Congress billigte die Handlungsweise des Generalraths mit großer Majorität, dagegen stimmte Niemand; die Neue Madrider Föderation wurde demnach anerkannt. — Eine ähnliche Frage erhob sich bei der Vollmacht d. r. Genfer „Sektion der revolutionären Propaganda“, die der Generalrath, auf Antrag des Genfer romanischen Föderalkomitees, nicht anerkannt hatte. Die Vollmacht und mit ihr die ganze Sektion blieb bis Ende des Congresses suspendirt, und da der Fall aus Zeitmangel nicht erledigt werden konnte, ist die Sektion noch immer suspendirt. — Das Recht des Generalraths, sich wie auf früheren Congressen durch sechs Delegirte vertreten zu lassen, wurde, nach schwacher Bestreitung, anerkannt. — Die vier Delegirten der spanischen Föderation, welche für das verfloßene Geschäftsjahr keine Beiträge gesandt hatten, wurden erst nach Zahlung ihrer Beiträge zugelassen. — Endlich, der Delegirte der amerikanischen Sektion Nr. 12, derselben, die den ganzen Skandal in New-York angezettelt hatte (wie früher im „Volksstaat“ erzählt) wurde, nachdem er lange für Sektion 12 plaidirt, einstimmig abgewiesen und Sektion 12 befindet sich demnach endgültig außerhalb der Internationale.

Man sieht: unter der Form der Vollmachtsprüfung wurden fast alle praktischen Fragen, die die Internationale im Laufe des Jahres beschäftigt haben, verhandelt und entschieden. Mit Majorität von 38 bis 45 gegen eine meist sich der Abstimmung gänzlich enthaltende Minorität von 12 bis 20, wurde jeder einzelne Akt des Generalraths vom Congress gebilligt, ihm ein Vertrauensvotum nach dem anderen erteilt. Ein italienischer Delegirter war auch gekommen, Herr Casiero, der Präsident der Konferenz von Rimini, auf welcher am 7. August 21 Sektionen (von der 20 keine einzige der statutenmäßig vorgeschriebenen Bedingungen ihrer Zulassung erfüllt haben, also der Internationale gar nicht angehören) beschlossen hatten: alle Solidarität mit dem Generalrath abzubrechen und einen Congress aller gleichgesinnten Sektionen am 2. September nicht im Haag, sondern im Neuchatel in der Schweiz, abzuhalten.

Wie es scheint besann man sich eines Besseren und Herr Casiero kam nach dem Haag, war aber so geachtet, sein Mandat ruhig in der Tasche zu behalten und, gestützt auf seine Mitgliedskarte, dem Congress als einfacher Zuschauer beizuwohnen.

Gleich bei der ersten Abstimmung — der Wahl der Kommission zur Prüfung der Vollmachten — spaltete die Versammlung sich in Majorität und Minorität, die mit wenigen Ausnahmen bis zuletzt geschlossene Körper blieben. Frankreich, Deutschland, Amerika, Polen, Dänemark, Irland, Oesterreich, Ungarn, Portugal, die romanische Föderation der Schweiz und Australien bildeten die Majorität, Belgien, die spanische und die Juraföderation, Holland, ein französischer und ein amerikanischer Delegirte bildeten die Minorität, die in den meisten Fragen sich der Abstimmung ganz oder theilweise enthielt. Die englischen Delegirten stimmten getheilt und ungleich. Den Kern der Majorität bildeten die Deutschen und die Franzosen, die mit einer Einmüthigkeit zusammenhielten, als ob die ganze große Kriegs-, Haupt- und Staatsaktion von Anno 1870 gar nicht vorgefallen wäre. Die Einstimmigkeit der deutschen und französischen Arbeiter wurde besiegelt am zweiten Jahrestage der Kapitulation von Sedan — eine Lektion für Bismarck nicht minder als für Thiers!

Nach der Erledigung der Vollmachten kam es an die erste brennende Frage: die Stellung des Generalraths. Daß von seiner Abschaffung keine Rede sein konnte, bewies schon die erste Debatte in öffentlicher Sitzung, Mittwoch Abends. Vor der kompakten Majorität, die augenscheinlich entschlossen war die Internationale nicht in Spielerei ausarten zu lassen, verhalten die schönen Redensarten über freie Föderation, Autonomie der Sektionen, u. ohne alle Wirkung. Die Delegirten der Länder, wo die Internationale einen wirklichen Kampf mit

der Staatsmacht zu führen hat, diejenigen also, denen es am meisten Ernst ist mit der Internationale, Deutsche, Franzosen, Desterreicher, Ungarn, Polen, Portugiesen, Irländer waren der Ansicht, daß der Generalrath eine bestimmte Machtbefugnis haben müsse und nicht zu einem bloßen „Briefkasten“, einem „Bureau für Correspondenz und Statistik“ herabsinken dürfe, wie die Minorität es verlangte. Demnach wurde zu Art. 2, Kap. 2 der Verwaltungsverordnung, welcher lautet: „Der Generalrath ist gehalten die Kongreßbeschlüsse auszuführen,“ folgendes Zusatz mit 40 Ja, gegen 5 Nein und 4 Enthaltungen angenommen: „und für die strenge Einhaltung der Grundprinzipien und der allgemeinen Statuten und Verwaltungsverordnungen der Internationale zu sorgen.“ Und Art. 6 desselben Kapitels: „Der Generalrath hat ebenfalls das Recht, jede Sektion der Internationale bis zum nächsten Kongreß zu suspendiren,“ lautet, künftig wie folgt:

„Der Generalrath hat das Recht, eine Sektion, einen Föderalrath, oder ein Föderalkomitee und eine ganze Föderation zu suspendiren.

„Er wird jedoch, sobald es sich um einer Föderation angehörige Aktionen handelt, den betreffenden Föderalrath zu rathe ziehen.

„Im Fall der Auflösung eines Föderalraths wird der Generalrath innerhalb spätestens 30 Tagen zur Wahl eines neuen Föderalraths schreiten lassen.

„Im Falle der Suspension einer ganzen Föderation wird der Generalrath alle Föderationen davon in Kenntniß setzen, und falls die Mehrzahl derselben es verlangt, eine außerordentliche Konferenz, von je einem Mitglied per Nationalität, zusammenberufen, welche sich innerhalb eines Monats versammelt und den Fall endgültig entscheidet.“ (36 Ja, 11 Nein, 9 Enthaltungen.)

Hiermit war die Stellung des Generalraths, die nach den bisherigen Statuten und Kongreßbeschlüssen zweifelhaft sein konnte, hinreichend klargestellt. Der Generalrath ist der vollziehende Ausschuss der Association und hat als solcher gewisse Machtvollkommenheiten gegenüber den Sektionen und Föderationen. Diese Machtvollkommenheiten sind durch obige Beschlüsse in Wirklichkeit nicht erweitert; sie sind nur besser umschrieben und mit solchen Garantien umgeben worden, daß dem Generalrath das Bewußtsein seiner Verantwortlichkeit nie wird abhanden kommen können. Von Diktatur des Generalraths kann nach diesem Beschlusse weniger die Rede sein als je zuvor.

Die Einführung dieser beiden Artikel in die Verwaltungsverordnungen erledigte das dringende Bedürfnis. Bei der abgelaufenen Zeit wurde von einer Detailrevision der Statuten abgesehen. Es lag indeß in Beziehung auf diese noch ein wichtiger Punkt vor. Ueber das Programm in Bezug auf die politische Aktion der Arbeiterklasse waren ernstliche Differenzen entstanden. Die bakunistische Seite hatte in der schweizer Juraföderation, in Spanien und in Italien die absolute Enthaltung von aller politischen Thätigkeit, namentlich von allen Wahlen, als Lehrsatz der Internationale gepredigt. Dieses Mißverständnis war durch den 9. Beschluß der Londoner Konferenz vom September 1871 beseitigt worden; dafür aber hatten die Bakunisten auch diesen Beschluß als einen Uebergriff der Konferenz über ihre Befugnisse hinaus verschrien. Der Kongreß brachte wiederum Klarheit in die Sache, indem er mit über Zweidrittel-Stimmenmehrheit den Englischen Konferenzbeschlusse in folgender Fassung in die Statuten aufnahm:

„In seinem Kampf gegen die Gesamtmacht der besitzenden Klassen kann das Proletariat nur als Klasse handeln, indem es sich selbst als besondere, allen von den besitzenden Klassen gebildeten alten Parteien entgegenstehende, politische Partei organisiert. Diese Zusammensetzung des Proletariats zur politischen Partei ist unumgänglich, um den Triumph der sozialen Revolution und ihres höchsten Zwecks, der Abschaffung der Klassen, zu sichern. — Die Zusammensetzung der Arbeiterkräfte, wie sie schon durch den ökonomischen Kampf erreicht worden, muß dieser Klasse ebenfalls als Hebel dienen im Kampf gegen die politische Macht ihrer Ausbeutern. — Die Herren der Erde und die Herren des Kapitals werden sich stets ihrer politischen Vorrechte bedienen, um ihre ökonomischen Monopole zu vertheidigen und zu verewigen, und um die Arbeit zu beherrschen. Die Eroberung der politischen Macht ist also die erste Pflicht des Proletariats.“

Dieser Beschluß wurde mit 28 Stimmen gegen 13 (wovon die Enthaltungen inbegriffen) gefaßt. Es hatten aber außerdem 4 Franzosen und 6 Deutsche, die vorher abtreten mußten, ihre Abstimmung für den neuen Statutenartikel schriftlich eingereicht, so daß die wirkliche Majorität 38 betrug.

Durch diesen Beschluß ist es den Enthaltungspolitikern unmöglich gemacht, den Irrthum zu verbreiten, als sei die Enthaltung von allen Wahlen und von jeder politischen Aktion ein Grundsatz der Internationale. Wenn diese Seite, dieselbe, die von Anfang an alle Zwiffligkeiten in der Internationale hervorgerufen hat, es jetzt noch mit ihren Grundsatzen vereinbar findet, in der Internationale zu bleiben, so ist das ihre Sache; darin festhalten wird sie sicher Niemand.

Der nächste Punkt war die Wahl des neuen Generalraths. Die Mehrheit des alten Generalraths, Marx, Engels, Serrailier, Dupont, Wróblowski, Mac Donnell u. A. schlugen vor, den Generalrath nach New-York zu verlegen und die acht Mitglieder des amerikanischen Föderalraths dazu zu ernennen, denen die amerikanische Föderation noch sieben andere zustimmen sollte. Dieser Antrag hatte seinen Grund darin, daß die thätigsten Mitglieder des bisherigen Generalraths in der letzten Zeit genöthigt, ihre ganze Zeit der Internationale zu widmen, nicht mehr in der Lage waren, dies zu thun. Marx und Engels hatten ihren Freunden schon vor Monaten mitgetheilt, daß die Fortführung ihrer wissenschaftlichen Arbeiten nur möglich sei unter der Bedingung ihres Rücktritts vom Generalrath.

Ähnliche Motive galten bei Andern. Der Generalrath, sollte er also in London bleiben, würde demnach gerade derjenigen Mitglieder beraubt worden sein, die bisher alle wirkliche Arbeit — sowohl Correspondenz wie literarische Arbeiten — besorgt hatten. Dabei gab es in London zwei Elemente, die beide noch der Oberhand im Generalrath strebten, und sie unter solchen Umständen auch wahrscheinlich erhalten hätten. Das eine waren die französischen Blanquisten (die freilich von

Blanqui nie anerkannt worden), eine wenig zahlreiche Coterie, welche an die Stelle der Einsicht in den wirklichen Gang der Bewegung revolutionäre Phrasen, und an die Stelle der produktivsten Thätigkeit ihre Scheininspirationen setze, die nur zu nutzlosen Verhaftungen führen. Diesen Leuten die Leitung der Internationale in Frankreich in die Hand geben, hieße unsre Leute dort zwecklos in die Gefängnisse werfen und alle die 30 Departements, in denen die Internationale florirt, wieder zu desorganisieren. Auf dem Kongreß selbst hatte man Gelegenheit genug, sich zu überzeugen, daß die Internationalen in Frankreich sich eher alles Andere gefallen lassen würden, als die Herrschaft dieser Herren. Das zweite gefährliche Element in London waren jene englischen Arbeiterführer, denen Marx im Kongreß das Wort ins Gesicht schleuderte: es sei eine Schande, zu den Englischen Arbeiterführern zu gehören, denn sie seien fast alle verkauft an Sir Charles Dilke, an Samuel Morley, oder an Gladstone selbst. Diese Leute, bisher nieder oder draußgehalten durch die kompakte französisch-deutsche Majorität des Generalraths, würden jetzt eine ganz andere Rolle spielen und die Aktion der Internationalen in England wäre dann nicht nur unter die Kontrolle der bürgerlichen Radikalen, sie wäre wahrscheinlich selbst unter die Kontrolle der Regierung gekommen. Eine Verlegung war also notwendig, und diese einmal angenommen, war New-York der einzige Ort, der die beiden nöthigen Bedingungen vereinigte: Sicherheit für die Archive der Association und internationale Zusammenfassung des Generalraths selbst. Es kostete einige Mühe, diese Verlegung durchzusetzen; die Belgier trennten sich diesmal von der Minorität und stimmten für London und die Deutschen namentlich beharrten auf London. Nach mehreren Abstimmungen wurde indeß die Verlegung nach New-York beschlossen und folgende zwölf Mitglieder des Generalraths ernannt mit dem Recht, sich bis auf fünfzehn zu verstärken: Cavanagh und St. Clair (Irländer), Laurel (Schwede), Panacieri (Italiener), David, Dewiele, Deceure (Franzosen), Volte, Bertrand, Carl, Speier (Deutsche), Ward (Amerikaner).

Ferner wurde beschlossen, den nächsten Kongreß in der Schweiz abzuhalten und dem Generalrath die Bestimmung des Orts zu überlassen.

(Schluß zu Artikel II. folgt in nächster Nr.)

Berlin. Zum Haager Kongreß. Keinem Kongreß der Internationalen Arbeiterassociation wurde von den Mitgliedern derselben mit solcher Spannung entgegengekehrt, wie dem diesjährigen 5. Kongreß im Haag. Sehr natürlich. Seit längerer Zeit war eine Spannung zwischen dem Generalrath und den Föderalräthen der belgischen, einem Theil der spanischen, süd-französischen (?), und romanisch-schweizerischen Sektionen eingetreten. Die Bemühungen des Generalraths, eine centralisirte Organisation herbeizuführen und die Kräfte der Internationalen Arbeiterassociation hauptsächlich zur Erlangung und Erhaltung politischer Macht einzusetzen, fand auf Seiten der Opposition entschiedenen Widerspruch. Sie ging von der Ansicht aus, daß die Erlangung politischer Macht für die Arbeiterklasse ein Uebing sei. Nicht Eroberung der Staatsgewalt, sondern Untergrabung jeder Staatsgewalt und Auflösung des Staates selbst sei, was die Arbeiterklasse durchsetzen müsse. Man verlangte also nichts mehr und nichts weniger, als daß die Arbeiterklasse ruhig zusehen solle, wie Staat und Bourgeoisie ihr ruhig das Feld vollends über die Ohren ziehe, und zu warten, bis die auf die Spitze getriebene ökonomische Entwicklung der Bourgeoisie in sich selbst zum Zusammensturz bringe. Daß jeder Gensdarm und Polizeimann, à la Räder, die furchtbaren Verfolgungen und Unterdrückungen der Arbeiterklasse in allen Kulturstaaen, Spanien und Belgien nicht ausgenommen, die Arbeiter sozusagen mit der Nase in die Eröberung politischer Macht hinstößt, das konnten und können die Herren „Anarchisten“ (wie sie sich nennen) nicht einsehen. Die herrschende Klasse sucht die in ihren Händen befindliche Macht mehr und mehr zu befestigen und zu centralisiren, — der Arbeiterklasse mußet man zu, jede Centralisation der Kräfte zu vermeiden, die herrschende Klasse in der Ausbeutung der Masse mit Hilfe der Staatsgewalt ruhig gewähren zu lassen. Das begreife wer kann.

Analog dieser Anschauung der Opposition über die Stellung der Arbeiterklasse zur Staatsgewalt und Politik, wollte die Opposition auch jede centralisirte Leitung aufgehoben wissen, höchstens dem Generalrath die Stelle eines Correspondenz- und statistischen Bureaus angewiesen sehen. Gingen die Wünsche der Herren Anarchisten durch, dann — das ist klar — hatte die Internationale aufgehört, das zu sein, was sie sein soll und heute auch thatsächlich ist: eine Macht, die gegenüber der internationalen Macht und Ausbeutung des Kapitals und der internationalen Verbrüderung der Reaktion — siehe Unterdrückung der Commune und Drei-Kaiserzusammenkunft in Berlin — die Solidarität der Interessen der Arbeiterklasse der ganzen Welt vertritt, den Kampf gegen die Mächte der alten Gesellschaft organisiert und planmäßig ins Werk setzt.

Alle, die darüber klar sind, daß es sich in dem Kampf der Proletarier aller Länder gegen die Kapitalpartei aller Länder nicht allein um das handelt, was sein soll, sondern auch um das, was ist, werden und müssen darin einig sein, daß ein Sieg der Pläne der Herren Anarchisten geradezu ein Sieg der Feinde der Arbeiterklasse gewesen wäre.

Von diesem Standpunkt aus erhält auch die Haltung des „Neuen“ die richtige Beleuchtung, der als Feind der internationalen Organisation der Arbeiterklasse nutzlos Anarchisten zu thun hatte, als sich auf die Seite der Bakunisten wie des Anarchisten stellen, obgleich er für seine eigenen Zwecke in Deutschland den Föderalismus bekämpft und die „Centralisation“ vertheidigt, wenn diese zugleich in eine diktatorische Spitze, die er natürlich selber diese zugleich, ausläßt. „Der Zweck heiligt das Mittel.“

Neben diesem hervorragenden Interesse, welches der diesjährige Kongreß der Internationalen Arbeiterassociation für die gesamte Arbeiterklasse hat, war noch ein anderes, wenn auch untergeordnetes Interesse das, welche Stellung die holländische Regierung zur Abhaltung des Kongresses einnehmen werde. Hatte doch schon wochenlang vorher die gefesselte Bourgeoisieprose, die officiöse Presse (wie die „Nordd. Allg. Ztg.“) voran, ein internationales Concert anstimmt, in welchem gegen die Internationale gehult und die holländische Regierung in allen Tonarten ausgefordert wurde, den Kongreß nicht zugehen zu lassen. Ja Herr Jules Simon, Unterrichtsminister des Herrn Thiers,

Ex-Republikaner, Ex-Internationaler hielt es sogar für ange messen, extra eine Reise nach dem Haag anzutreten, um durch persönliche Intervention die holländische Regierung zum Verbot oder, wenn das nicht möglich sein sollte, zu strengster Ueberwachung des Kongresses zu veranlassen.

Die holländische Regierung war anständig genug, im Gegensatz zu der sonstigen Gemohnheit ihrer festländischen Collegen, jeden Wunsch einer größeren Macht mit häudischer Servilität zu erfüllen, auf dieses Verlangen nicht einzugehen. Sie ließ den Kongreß gewähren. —

Das Resultat des Kongresses ist ein zufriedenstellendes. Die Elemente, welche bisher beständig Unfrieden stifteten, und die Internationale in falsche Bahnen zu drängen suchten, sind ausgeschlossen oder freiwillig ausgeschieden. Die Organisation ist verbessert und befestigt, dem Generalrath sind seine Befugnisse klar vorgeschrieben worden. —

Die auf dem Kongreß zu Tage getretenen Differenzen veranlaßten die gegnerische Presse aller Schattungen: „Nordd. Allg. Ztg.“, „Neuer Social-Demokrat“, „Königliche Ztg.“, „Volks-Allg.“ und den ganzen Troß der kleinen und kleinsten Blätter über den „Verfall“ der Internationale zu triumphiren. Jubelt nur, ihr werdet bald begreifen, daß ihr zu früh jubelt. Die Internationale Arbeiterassociation ist eine Macht, die den Lebensfunken unzertrennbar in sich trägt, denn sie ist das notwendige Produkt der ökonomischen Verhältnisse und diese Nothwendigkeit wird sie zum Siege, zu Macht und Glanz an dem Tage führen, wo die alte Gesellschaft in Trümmer geht.

Chemnitz, 21. September. Maßregelung. Gestern war unser verantwortlicher Redakteur, Herr Beck, auf die Staatsanwaltschaft bestellt und zugleich, nur für eine Stunde später, hatte er eine Einladung von Seiten des Gerichts erhalten. Leider konnte er der letzteren nicht genügen, denn schon im Bureau des Staatsanwalts wurde er verhaftet. Die Lösung dieses Räthsel erhielt wir heute Vormittag, als in der Lokalitäten unserer Druckerei nach dem Manuscript des in Nr. 33 des „Ruhmader“ abgedruckten Gedichts „Mahnruf an die Feinde des Volks“ eine Haussuchung, allerdings ohne jeden Erfolg, vorgenommen wurde. Wie man diesen so überaus harmlosen und noch dazu gutgemeinten Mahnruf um Gegenstand einer Verfolgung machen kann, begreifen wir natürlich nicht, indessen — bei der Staatsanwaltschaft ist eben kein Ding unmöglich. — Nach wegen der Anti-Seduction-Demonstration geschickten „Damasch-Schwert“ der Verurtheilung über den Hauptern unserer Parteigenossen Beck, Most, Ule und Dieze; in beiden Fällen wissen wir aber nicht, auf welchen Paragraph des Strafgesetzes hin die Anklagen erhoben werden sollen.

(Ch. Fr. Pr.)

Der Untersuchungsrichter Gerichtsrath Döring in Chemnitz hat gegen Most, als „verdächtig sich der gegen ihn anhängigen Voruntersuchung durch die Flucht zu entziehen,“ einen Steckbrief erlassen. Es ist dies um sonderbarer, da Most ganz neuerdings in der öffentlichsten Weise von der Welt an verschiedenen öffentlichen Versammlungen sich betheiligt hat, was in den Zeitungen deutlich zu lesen. Most gleich anderen Sozialdemokraten hat nicht genug christliche Liebe für seine Feinde, um ihnen die von Herrn Döring erhoffte Freude zu machen.

Der „Demokratischen Zeitung“ in Berlin wird „zur Verhaftung Hepners“ geschrieben:

Berlin, den 19. September 1872.

Geehrter Herr Redakteur!

Mit Bezug auf den in der heutigen Nummer Ihrer Zeitung enthaltenen, dem „Volkshaat“ entnommenen Bericht, betreffend die Inhaftnahme Hepners, weid ich von befreundeter Seite auf folgende aufmerksam gemacht:

Daß von dem Leipziger Polizeikommissar Räder ausgegangene Verbot der Internationale kann prinzipiell nur für den Leipziger Polizeibezirk Geltung haben; außerhalb der Grenzen dieses Bezirkes existirt es nicht, weil über Leipzig hinaus die Polizeigewalt des Räder nicht reicht. Ein Räder'sches Edikt, welches dahin abgeben wäre:

Mit Haft bis zu einem Monat wird bestraft, wer am Haager Kongreß der Internationale Theil nimmt, würde für prinzipiell nichtig und deshalb bedeutungslos zu erachten sein; die Räder'sche Komperenz und die Sachverständigen erstreckt sich eben, wie wiederholt wird, nur auf den Leipziger Polizeibezirk und auf Vorgänge innerhalb des letzteren; an den Grenzen dieses Bezirkes hört sie auf.

Dem Polizeikommissar Dr. jur. Räder sind die angegebenen rechtlichen Schranken seiner Polizeigewalt wohl bekannt. Form und Inhalt, sowie die Art der Verkündung seines Verbots, lassen darüber keinen Zweifel, daß als Geltungsbereich auch von dem Beorderten selbst nur der Leipziger Polizeibezirk gedacht war.

Insofern nun nach Ihrem Bericht Hepner zu einem Monat Gefängniß um deswillen verurtheilt worden, weil für erwiesen anzusehen sei, daß er durch die Theilnahme am Haager Kongreß das (NB. Leipziger) Polizeiverbot gegen die Internationale übertreten habe, ist gegen Hepner eine flagrante und zwar meiner Anschauung nach eine bewußte — — — — —, eine unverhüllte That der Gewalt verübt worden.

Ein Blick auf die einschlägigen Gesetzesbestimmungen ergibt dies zur Gewißheit:

Nach § 4 des Reichsstrafgesetzbuchs findet wegen der im Auslande begangenen

Verbrechen und Vergehen

in der Regel eine Verfolgung nicht statt. Ausgenommen ist — von andern hier nicht interessirenden Fällen abgesehen — der Fall, wenn ein Deutscher im Auslande eine Handlung begangen hat, welche

- nach den Gesetzen des Deutschen Reichs (also nicht nach irgend einem, beispielsweise einem Leipziger Polizeinotze) als Verbrechen oder Vergehen anzusehen und
- mit Strafe bedroht ist.

(§ 4, Nr. 3.)

Daß keine einzige dieser Voraussetzungen der Strafbarkeit gegeben ist, braucht als vollkommen selbstverständlich nur hingestellt, nicht erst eingehend bewiesen zu werden.

Das Räder'sche Polizeiverbot hat die Theilnahme an der Internationale zu einer „Uebertretung“ im Sinne des Strafgesetzbuchs (§ 1) erhoben. Ich habe Eingangsbahnen dargelegt, daß dieses Verbot nach der Natur der Räder'schen Kompetenzen einen rein örtlichen Charakter hat und daß seine Tragweite nur bis an die Grenzen des Leipziger Polizeibezirkes reicht. Im Haag, also im Auslande, brauchte sich Hepner um Räder und dessen Edikte ebensowenig zu kümmern, wie uns in Berlin der Leipziger Socialismus und seine lebenswürdige Berordnungslausne Sorge macht.

Was in Leipzig Uebertretung ist, ist es nicht mehr im Haag und was im Haag gesetzlich statthaft erscheint, darf dort von jedem Leipziger ohne Scheu vor Verbots Räder's oder welcher fremden Polizeibehörde sonst geübt werden. Erblickt unser Leipziger Freund in dem Tragen solcher Halbtücher eine Verhätigung kommunistischer Gesinnungen und verbietet er es demgemäß für seinen Polizeibezirk, so werde ich mich

dem Verbote möglicherweise fügen, so lange ich im Leipziger Bezirk weile.

Tiefste ich indes Freund Rüder anherhalb desselben, so verfehle ich nicht, mir ein Halsband von impertinent rother Farbe anzuschaffen und den Leipziger Polizeichef dadurch zu machen, daß ich die Bispel des rothen Tuches vor ihm hin und her tanzen lasse. Die Leipziger Polizeidirektion existieren eben für denjenigen nicht, der sich in ihrem Geltungsbezirk nicht aufhält.

Entscheidend würde also im schlimmsten Falle sein: ob Hefner durch Teilnahme an der Internationale eine ebenso sowohl nach Niederländischem (Haager) wie nach einheimischem Recht als Uebertretung anzusehende Handlung begangen hat? Revidirt war die Abhaltung des Kongresses in Haag und die Teilnahme daran nach dortigem Recht vollkommen statthaft.

Wäre das Gegenheil der Fall gewesen, so würde § 6 des Reichs-Strafgesetzbuchs zur Anwendung kommen haben, monach im Auslande begangene Uebertretungen nur dann zu bestrafen sind, wenn dies durch besondere Gesetze oder Verträge angeordnet ist.

Derartige „besondere Gesetze“ oder „Verträge“ existieren nicht.

Die ganze gegen Hefner verübte Prozedur setzt sich hiernach aus — — — Akten zusammen, hinsichtlich deren bei der klaren, unabweisenden Form der gesetzlichen Bestimmungen nicht zweifelhaft sein kann, daß sie demüthigt — — — Weise ausgedrückt sind. Lediglich dieses Moment — — — Verletzung zu konstatiren, habe ich für meine Pflicht erachtet.

Hochachtungsvoll Dr. Michaeli.

Die Leipziger Polizei.

In unserer vorletzten Nummer berichteten wir, daß der verantw. Redakteur d. Bl. Ruth, sechs Tage Polizeifast erhalten habe, weil — gelegentlich der Erwählung des Verbots des Mandatsvermittlung für den Haager Kongress — gesagt war: „Herr Rüder sollte wissen, daß, wer (wie wir) fortwährend mit der Polizei zu thun hat, durch diese Praxis mindestens ebenso schlau geworden ist, wie gewisse Leute.“ In der Sonnabendnummer der „Dtsch. Allg. Ztg.“ wird nun von Einem, der sich: „zuverlässig unterrichtet“ nennt, unsere Angabe für eine „Verbrechung des wahren Sachverhalts“ erklärt und — dabei in naiver Weise noch mehr enthält, als uns bereits bekannt war. Der Verfasser gesteht nämlich, daß die Beurtheilung nicht wegen der obgedachten Schlussbemerkung, sondern wegen Veröffentlichung des Verbots erfolgt sei; diese ist nämlich von der Polizei als eine Wiederholung des verbotenen Anerbietens der Mandatsvermittlung betrachtet worden. So etwas ist und noch nicht passiert! Wenn man ein Verbot bekannt macht, damit sich andere darnach richten — so ist dies eine wiederholte Uebertretung des Verbotes!!!

Es fragt sich nun: Wer ist der „zuverlässig unterrichtete“ Verfasser, der dieses Geheimniß, ohne es zu wollen, verrathen hat? Nous verrons! Am Schluss desselben Artikels heißt es:

„Wenn ich irgend dasselbe Blatt, der „Volkstaat“, in Bezug auf die vom Polizeiamte gegen den Schriftsteller Hefner wegen seiner Vetheiligung am Haager und Mainzer Kongress eingeleitete Untersuchung und in Bezug auf die Inhaftirung Hefners ausruft: „Wir wollen abwarten, was das Verdictgericht zu diesem Verfahren sagen wird.“ so liegt auch darin eine Unrichtigkeit und eine irrige Auffassung des Instanzenzuges: nicht das königl. Bezirksgericht hat auf den von Hefner gegen seine Verurteilung zu einmonatlicher Haft eingewendeten Recurs zu entscheiden, sondern die königliche Kreisdirection. Letztere hat übrigens, wie ich erfuhr, die Entscheidung in zweiter Instanz bereits gefällt und hierbei das polizeiamtliche Erkenntniß, somit die Hefner zuerkannte einmonatliche Haftstrafe, bestätigt, auch sonst gegen das wider Hefner beobachtete Verfahren nichts einzuwenden gehabt.“

Der „zuverlässig unterrichtete“ hat hier am Schluss sich eine „Verbrechung der Wahrheit“ zu Schulden kommen lassen. Die Kreisdirection hat — indem sie die volle Anrechnung der vom Polizeiamte gegen Hefner verhängten Untersuchungshaft befohlen, allerdings — gegen das wider Hefner beobachtete Verfahren — etwas „eingewendet“; sie hat damit indirekt erklärt, daß die Untersuchungshaft unzulässig war. Woher aber in aller Welt hat der „zuverlässig unterrichtete“ seine unwahre Angabe „erfahren“?

Oh bien! Die Nummer der „Dtsch. Allg. Ztg.“, in der sich der gedachte Artikel befindet — die Sonnabendnummer vom 20. Sept. — mußte schon Freitag Nachmittag um 3 auf der Post, also mindestens um 12 Uhr Mittags druckfertig sein. Um 10 Uhr Vormittags ist dem Befehlenden Hefner das Erkenntniß der Kreisdirection publizirt worden, — wer anders also kann der „zuverlässig unterrichtete“ sein, als — ein Mitglied des Polizeibüreaus, welches die Hefner'sche Sache in Händen hat?

Wir werden bei der Behörde keinen Antrag auf Untersuchung dieses Vorfalls stellen, weil wir sonst — was gegen unser Prinzip ist — den Redakteur der „Dtsch. Allg. Ztg.“ anhalten müßten, den Namen des Verfassers zu nennen. Zudem können wir uns ja an den Fingern abzählen, wer der Verfasser ist, und haben wir eine Ausfragung der mit der Polizei affiliirten Redaktion überhaupt nicht nöthig. Aber die Anfrage an die Behörde können wir doch nicht unterlassen: Ob das etwa nicht „Haß und Verachtung“ erzeugen muß, wenn das Polizeiamt oder ein Mitglied desselben heimlich und anonym, also auch ungefragt, journalistischen Frevel treibt. Und „journalistischer Frevel“ ist es, wenn man sich in Form einer Mittheilung oder Berichtigung — zumal wenn sie sich (wie die hier in Rede stehende) einen offiziellen Anstrich giebt — „Verbrechung der Wahrheit“ zu Schulden kommen läßt. Wenn das Polizeiamt wahrheitsgetreue Berichtigungen liefern wollte, hätte es auch nicht nöthig, sich als anonym „Berichtshatter“ der „Dtsch. Allg. Ztg.“ zu geriren, sondern könnte es seine Berichtigungen offiziell im Amtsblatt veröffentlichen.

Gewerkschaft der Holzarbeiter.

Hamburg. An die Hauptkasse eingegangen im II. Quart. 1872: Geln. I. u. II. Quart. 11 Thlr. 21 Gr. — Erfurt 77 Thlr. 8 Pf. — Leipzig 64 Thlr. 19 Gr. 8 Pf. — Altona 61 Thlr. 6 Pf. — Braunschweig 17 Thlr. 5 Gr. 3 Pf. — Chemnitz 4 Thlr. — Stade 16 Thlr. 11 Gr. — Weimar 4 Thlr. 6 Gr. 6 Pf. — Dresden 5 Thlr.

Da erst im Laufe d. M. von einigen Ortschaften die hier angegebene Gelder eingegangen, gleichwohl die Abrechnungen nicht eingekauft hatten, so war es bisher nicht möglich, die Abrechnung vom II. Quartal, die nunmehr in den nächsten Tagen erscheinen wird, zu veröffentlichen. Ich ersuche somit die Bevollmächtigten resp. Kassirer in dieser so wichtigen Angelegenheit besonders pünktlich zu sein. H. Somann, Kassirer.

Internationale Gewerkschaft der Schuhmacher.

Dresden, 21. September. Ueber einen gewissen Peter Böll welcher (wie bereits in Nr. 66 des „Volkstaat“ aus Würzburg gemeldet wurde) auf dem Namen Kölich reist und sich verschiedener Schwindereien schuldig gemacht haben soll, sind uns neuerdings Nachrichten zugegangen, welche verbürgen, daß genannter Böll ein Mensch ist, welcher, wenn er wirklich im Besitze eines Mitgliedsbuches unserer Gewerkschaft sein sollte, auf Grund des § 5. unseres Statuts als ausgeschlossen zu betrachten ist. Dies allen Mitgliedschaften zur Beachtung und Warnung. Der Verwaltungsrat.

Stuttgart, 21. September. Schuhmachergewerkschaft! Arbeiter! Verwundgenossen! Ihr habt am Nr. 74 des „Volkstaat“ gesehen, daß hier in Stuttgart ein Schuhmachergewerkschaft bevorhand. Er ist zur Thatsache geworden. Wir stellen schon im Mai d. J., da wir durch die schmerzlichen Zustände dazu gezwungen waren, an unsere Arbeitgeber das Gehalt, unsere Löhne um 20% zu erhöhen. Hierauf erhielten wir folgende Antwort: „Vorwärts können wir (Arbeitgeber) Ihnen beistehen der Lohnfrage nicht gerecht werden, bevor wir einen Tarif im süddeutschen Verband geregelt haben.“ Darauf sagten wir uns, daß wir uns gut organisiren müßten, um unsere Forderung zu gelegener Zeit zu erneuern. Da wir nun wohl wissen, daß unsere Herrn Arbeitgeber besagten Tarif schon längst geregelt haben und uns dennoch keine weiteren Antwort würdigten, so beschloßen wir am 9. Septbr. unsere Forderungen zu erneuern. Es wurde ein Gehalt ausgearbeitet und per Post an den Vorstand des Meister-Vereins abgeschickt. Darauf

rebelten wir, ebenfalls per Post zur Antwort: „Vorwärts können wir Ihnen nicht gerecht werden, da in nächster Woche Arbeitgeber-Congresse in Leipzig und München stattfinden. Nachdem soll ein jeder Meister persönlich mit seinen Arbeitern verhandeln.“

Unsere Geduld ist jetzt zu Ende, nachdem die Arbeitgeber sich nicht gekümmert haben, zum zweiten Mal ausweichend zu antworten. Was wir von Meister-Congressen zu erwarten haben, — das wissen wir — ist nichts anderes als Mißerfolg, um uns Arbeitern den Garaus zu machen. Wir hielten am Sonntag den 21. d. M. eine stark besuchte Versammlung ab, und wurde einstimmig beschloßen, die Arbeit niederzulegen und nicht eher wieder aufzunehmen, bis unsere Forderungen bewilligt sind. Gegen 300 Mann haben somit die Arbeit eingestellt.

Collegen! Arbeiter! Ihr seht aus Vorliegendem, daß wir nicht unüberlegt gehandelt haben; wir ließen 7 Monate verstreichen, bevor wir zur ArbeitsEinstellung schritten. Aber Ihr wißt ja, wie es die Arbeitgeber machen, wenn sie etwas mehr bezahllen sollen. Wir stehen fest wie ein Mann, und werden nicht weichen. Aber auch Ihr müßt für uns thun, was Euch möglich ist; haltet jeden Bezug fern, und thut sonst ebenfalls Eure Schuldigkeit. Wir haben Familienväter unter uns, und Ihr wißt, daß diese mit ihrer Familie nicht hungern können.

Das Strafe-Comite:

Schröder 1, Stapp 2, Vorsitzender; Streckler, Virbach, Kaffner; Schick, Belg, Schriftführer; Heeb, Harnischer, Deuschle, Weiser, Dopp, Lenz, Wegel, Bauer, Schnee, Schaal, Vollmer.

Alle Briefe u. s. w. sind zu adressiren an Streckler bei Schuhmacher Weingärtner, Gaisstraße Nr. 19, Stuttgart. Mit sozial-demokratischem Gruß A. Schröder.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck des Vorstehenden gebeten.

Gera, 15. September. Mittwoch, den 4. Sept., fand hier eine Volksversammlung statt, in der Ruth über „Jesuitismus, Liberalismus und Sozialismus“ referirte. Trotzdem die Bekanntmachung nur sehr kurz vorher erfolgen konnte, war die Versammlung zahlreich besucht, und reicher Beifall wurde dem Redner zu Theil. Der in den Händen des liberalen Stadtraths sich befindenden Polizei scheinen unsere Agitationen sehr unbehagen zu werden; sie hat in hohem Maße beschloßen, einen Dämpfer aufzusetzen, und ist dem Enderwarter der Versammlung, Carl Brätter, eine Polizeiverfügung von 25 Thlr. 20 Gr. eventuell 6 Wochen Haft zuerkannt worden, weil in der Versammlung Frauen gewesen sein sollen, trotzdem von den an der zum Saal führenden Thüre stehenden Vereinsmitgliedern alle kommenden Frauen zurückgewiesen worden sind, weil unser Vereinsgesetz die Teilnahme von Frauen an Volksversammlungen verbietet. Dasselbe stammt noch aus der Reactionszeit vom Jahre 1852; unsere Herren Liberalen haben sich aber von jeder bei ihren Versammlungen stets über dasselbe hinweggesetzt, indem sie zu ihren Versammlungen offiziell Frauen durch die Zeitung eingeladen und bemerkt haben, daß ihnen ein Theil der Gallerie reservirt bleiben solle. So sollen bei der Wahlvorstellung des reichstäglich patentirten Heiterkeimachers Braun über 50 Frauen zugegen gewesen sein. Der Enderwarter der Versammlung, Vorsitzender des Gemeinderaths, der nachher ausgetretene Dr. Wittig, sowie der Vorsitzende der Versammlung, Stadtrath Sturm, sind nicht gerügt und nicht bestraft worden, wahrscheinlich weil es nicht gut geht, daß die Stadtrathlichen Vergehen durch den Stadtrath bestraft werden sollen, oder der alte Grundsatz, nur mit einer veränderten Ausprägung, befolgt worden ist, „daß Niemand in seiner eignen Sache Richter sein könne“. Brätter hat gegen diese Strafverfügung auf gerichtliche Entscheidung angefragt und so wird die Sache zur öffentlichen Verhandlung kommen und wir werden sehen, ob der Richter der politischen Interpretation des Gesetzes sich anschließen wird. („Criminellhauser Bürger- und Bauernfreund“.)

Kugsburg. Ein gediebetes Telegramm. Die hiesigen ortseigenen ließen Sonntag, den 8. September, folgendes Telegramm an den Kongress in Mainz abgehen: „Welch' wunderbare Übung Gottes! In Berlin die Vertreter von 3 Millionen Bajonetten und 5000 Kanonen. In Mainz die Vertreter der Volksrechte. Euch Arbeitnehmern, die ihr neue Preise in's Volkwerf des Despotismus legt, ein donnerndes Hoch!“

Die Kugsburger.

Dieses Telegramm wurde hier angenommen, kam jedoch nicht an seine Adresse, sondern wurde erst am 18. Semper, also nach 10 Tagen, an die Aufgeber wegen seines unangelegenen Inhalts wieder zurückbefördert.

Die hiesigen Parteigenossen ersuchen deshalb die Redaktion des „Volkstaat“ um nachträgliche Verbreitung auf dem bekannten Wege. G. Stollberg.

Fürth. (Unlieb verspätet). Am Sonntag, den 11. August, veranstalteten die hiesigen Parteigenossen ein Arbeiterfest, zu dem verschiedene Vereine eingeladen waren. Unsere hiesigen Fortschrittler, welche wie überall, von festen wo Arbeiter sich versammeln, nicht gern was wissen wollen, glaubten daher, den Plan der Sozialdemokraten vereiteln zu müssen. Und so wurde denn auch von einem fortschrittlichen Gesangsverein ein Sängertag abgehalten, wobei Jedermann ohne Entree Zutritt hatte. Sodann war es der Dtsch.-Dundersche Ortsverein der Metallschläger, welcher sich berufen fühlte, durch Abhaltung eines Festes den Arbeitern einen Streich zu spielen. Aber, o Schrecken! die Herren hatten sich verrechnet, denn Nachmittags 2 Uhr bewegte sich ein stürmischer Zug durch die Straßen der Stadt, und machte es manchem Bourgeois im Korfe schweiß werden beim Anblick der rothen Fahnen von Fürth und Nürnberg, sowie der Fahnen der Maurer, Zimmerleute und des Turnvereins von Frandorf. Der Zug bewegte sich zum Festplatze, wohin eine ungeheure Menschenmenge nachfolgte. Um 4 Uhr begann das Konzert. Fräulein Schäfer sprach den Prolog. Herr Remminger hielt die Festrede, an deren Schlusse er auf die Inhaftirten Bedel und Liebkecht ein Hoch ausbrachte, in welches mit großer Begeisterung eingestimmt wurde. Das Fest war von 4000 Personen besucht und endete in der herrlichsten Stimmung. Nachträglich erfuhrten wir, daß der Ortsverein ein Defizit von 28 Gulden erzielte.

Frankfurt a. M., 22. September. Es dürfte bekannt sein, daß hier in Frankfurt eine Gewerkschaft existiren, dagegen befinden sich viele Gewerkschaftsmitglieder hier am Orte, die wegen der mangelhaften Organisation jetzt außer aller Verbindung nach Auswärts sind. Ich ersuche deshalb die Bevollmächtigten aller Gewerkschaften, ihre Mitglieder dahin zu instruiren, daß sie bei etwaigem Domizilwechsel an Orten, wo keine Gewerkschaften bestehen, sich der sozial-demokratischen Arbeiter-Partei anschließen mögen. Der Nutzen dieser öfters zu wiederholenden Aufforderungen liegt auf sader Hand; nicht nur, daß die Partei an manchen Orten erstarken wird, auch die Gewerkschaften werden in der Lage sein, die zeitweilig auf Reisen befindlichen Mitglieder wieder an die Organisation zu fesseln. Mit sozial-demokratischem Gruß J. Gimbel.

Herr Biedermann

versucht in einem (seinem quasi-„Entwicklungs“-Natur) sonst ganz fremden Anfall von satirischem „Humor“ — also nicht „sich selbst getreu“ (siehe sein Autograph) unter der der Autobiographie beigegebenen Lithographie — mich zu „mem“, indem er im III. seiner Artikel über den Haager Kongress also sagt:

„In ähnlichem Sinne wie Bailant spricht auch „Bürger Hefner von Leipzig“ — „der Wittangelegte der Herren Bedel und Liebkecht“, wie ihn der Berichtshatter der „Independance belge“, der sonst nichts von ihm zu wissen scheint, bezeichnet.“

Wehe mir! Wie werde ich mich von dieser Schande reinwaschen!... Biedermann doch!

Ich will's wenigstens versuchen: Ich meine: 1) Kann nicht Jeder durch die besonderen Umstände der Geburt gleich ein berühmter Mann sein — wie Herr Biedermann. 2) Ist überhaupt Niemand verpflichtet, ein berühmter Mann zu sein — wie etwa glaubt Herr Biedermann. 3) Ist es noch sehr fraglich, ob es eine Ehre ist, ein berühmter Mann zu sein — wie Herr Biedermann. 4) Hat nicht Jedermann die Pflicht, eine Selbstbiographie herauszugeben — wie Herr Biedermann.

5) Ist es weder ein Verbrechen, noch eine Schande, jung zu sein. Weiß das nicht einmal eine „Anstandsdame“ — wie Herr Biedermann? Leipzig, Polizeigefängniß d. 27. 4. M. A. Hefner.

Berichtigungen.

In No. 76: im Art. „Die Verfolgungen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ muß es Spalte 1 Zeile 33 von unten heißen: „Bestie im Menschen“ (nicht „Bestie als Menschen“), 9 Zeilen weiter, Bartholomäusnacht anordnet (nicht verordnet) und 7 Zeilen weiter: obwohl bemerkt (nicht erwähnt) werden muß. Ferner in der politischen Uebersicht Spalte 3, Zeile 5 von unten: Schweinerei (nicht Schmirerei) und Zeile 33 von oben: unserer hochmoralischen (nicht unmoralischen) Diktatorie.

Briefkasten.

Redaktion: Zollinger Frankfurt a. M.: Schreiben nicht erhalten. — J. R. in München: erhalten. — W. Umland in Stuttgart: Sie thun dem Einkäufer einsehen Unrecht. Erinnern Sie sich doch nur an das erste Auftreten des Herrn Hartmann in Stuttgart. Im Uebrigen ist die in Nr. 74 enthaltene Notiz so harmlos gehalten, daß wir für Ihr herbes Urtheil keine Erklärung finden können. Den Verfasser nennen wir nicht, das ist bei uns nicht Usus. — Reiser Breslau: Brief angekommen. Wird beantwortet. — M. Breslau: Ihren Brief haben wir an M. geschickt, mit der Bitte, die Sache definitiv zur Beendigung zu bringen.

Für politisch Gemäßigtere.

Durch Colp. Müller hier, für Monat August 2 Thlr. 17½ Gr. Die Expedition des „Volkstaat“.

Für Leipzig.

Allg. deutscher Schneiderverein. Dienstag, den 1. Oktober Abends 8 Uhr im Lokale des Arbeiterbildungsvereins, Versammlung. Tagesordn.: Wahl eines Bevollmächtigten. Aufnahme neuer Mitglieder. Das Erscheinen Aller ist notwendig. D. B.

Für Leipzig und Umgegend

Internationale Metallarbeiterchaft. Jeden Montag Abends 8 Uhr Versammlung Reudnitzerstraße bei Knoch. Die residirenden Mitglieder werden aufgefordert, laut Statut ihren Pflichten nachzukommen. Aufnahme neuer Mitglieder.

Görlingen.

Nächsten Sonntag Zusammenkunft bei Dettle, Löwenwirth.

Für Breslau.

Sozial-demokratische Arbeiter-Partei. Montag, den 30. d. M. Abends 8 Uhr geschlossene Mitglieder-Versammlung im hinteren Lokale des „Weißer Engel“, Kupferstraße 11. Tagesordnung: 1. Berichterstattung des Delegirten über den Mainzer Parteikongress. 2. Beschlußfassung über die vor 8 Tagen vertragte Angelegenheit. Pünktliches und vollzähliges Erscheinen ist notwendig. Zutritt nur gegen Vorzeigung der Karte. G. Dehne.

Für Hamburg.

Sozial-demokratischer Arbeiterverein. Versammlung, am Montag, den 30. September, Abends 9 Uhr in Eberhahn's Clublokal, Zeughausmarkt 31. Tagesordnung: 1. Sozial-politischer Wochenbericht. Referent Paulsen. 2. Armuth und Armenwesen. Referent Weib. Gäste haben Zutritt.

Karlsruhe.

Am 22. September starb nach längern Leiden ein alter treuer Kampfgeselle für die Arbeiterfrage, der Tischlermeister und Filialexpeditior J. David Häppler in Wilsau. Wir rufen ihn hierdurch ein herzlich „Ruhe sanft in väterl. Brust“ nach. Die Expedition des „Volkstaat“.

Anfrage an Max Feilner in Gottha: Wann erhalte ich das Buch „Theologie und Wissenschaft“ u. s. w., wofür ich am 21. August 1 Thlr. per Post eingezahlt habe. Gelsenau, 12. Sept. Karl August Reuter.

Erklärung.

Die in Nr. 71 erwähnte Angelegenheit Wilhelm's ist nun endgültig geregelt. Wilhelm selber ist an der Veräusserung nicht schuld, dies sei hiermit zu seiner Rechtfertigung besonders erwähnt. Ph Zollinger. F. Käner.

Aufforderung.

Da ich auf meine brieflichen Mahnungen bisher von keiner Seite Antwort erhalten habe, sehr ich mich genöthigt, alle meine Schuldner auf diese Weise an ihre Verpflichtungen zu erinnern. Sollte auch dieses nichts fruchten, dann werde ich die Betreffenden öffentlich bei Namen nennen und die ganze Angelegenheit in die Hände eines Advokaten legen. Zugleich ersuche ich alle Parteigenossen, mich mit Verstellungen auf Schriften zu unterstützen. Alle für Einen, Einer für Alle. Albertine Dietrich bei Frau Kuebel in Dautzen.

Aufforderung

Alle Diejenigen, welche Briefe u. s. w. an uns abgesandt, wovon Ihnen bekannt, daß dieselben nicht in unsere Hände gekommen sind, sowie alle Diejenigen, welche von uns abgesandte Briefe oder Pakete nicht oder mit veraltetem Couvert oder aufgerissenen Umschlag erhalten haben, daß der Inhalt sichtbar oder gar herausgenommen war, ersuchen wir unter Angabe der Zeit des Vorfalles und der Art der Verletzung ihre Adressen einzusenden. Leipzig, den 25. September 1872.

Die Redaktion und Expedition des „Volkstaat“.

Durch die Buchhandlung und Expedition des „Volkstaat“ ist zu beziehen:

V. Feuerbach's Photographie in Visitenkartenformat à 2½ Gr. Die bei der Beerdigung V. Feuerbach's gehaltenen gediegenen Reden von Scholl, Dr. Noof und Remminger werden nebst einer Photographie von Feuerbach in einer Broschüre in kürzester Zeit erscheinen und sind durch uns zu beziehen.

Buchhandlung und Expedition des „Volkstaat“.

Sorben ist erschienen Marx Kapital III. u. IV. Heft à 10 Gr. Bei Abnahme von 12 Exempl. Rabatt. Die Abonnenten auf dieses Werk werden ersucht nach Empfang die ersten drei Lieferungen zu bezahlen. Die Buchhandlung und Expedition des Volkstaat.

Bekanntmachung.

Herrn Cigarrenarbeiter Karl Fleischer in Kleinbucher Nr. 87 ist für Kleinbucher, Großbucher und Schenkig die

Filialexpedition

übertragen worden. Derselbe nimmt Quartals- und Monats-Abonnements auf den „Volkstaat“ entgegen und können auch einzelne Nummern dort gekauft werden. Die Expedition des „Volkstaat“.

Die Filialexpeditionen

werden ersucht die Abonnementsgelder für III. Quartal einzusenden, sowie allenfallsige Aenderungen der Adressen umgehend bekannt zu geben. (3) 1 Die Expedition des Volkstaat.

Nürnberg, den 23. September. (Telegramm.) Arbeitseinstellung sämtlicher Schmiede und Wagner. Zugang fern zu halten. Briefe u. s. w. sende man goldene Krone. Obstmarkt, Brief folgt. Jaag. (Wiederholt, weil wegen zu spätem Eintreffens nicht in allen Nummern abgedruckt.)

Leipzig: Verantw. Redakteur A. Ruth. (Redaktion und Expedition Hofstr. 4.) Druck und Verlag von F. Thiele.